

ENAAT Country Report 2009

Switzerland

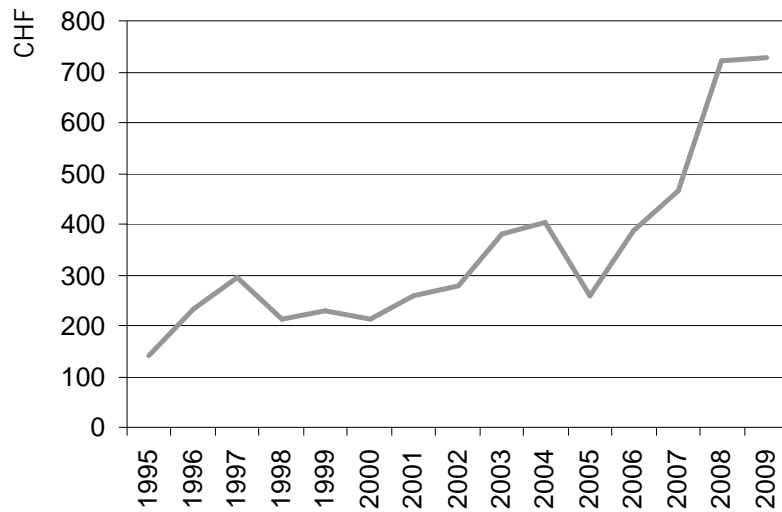


Europe
Switzerland has better things
to export than arms

Annual Meeting of the European Network Against Arms Trade
Amsterdam, 28th of May, 2009

Adi Feller, Group for Switzerland Without an Army | GSoA, adi@gsoa.ch

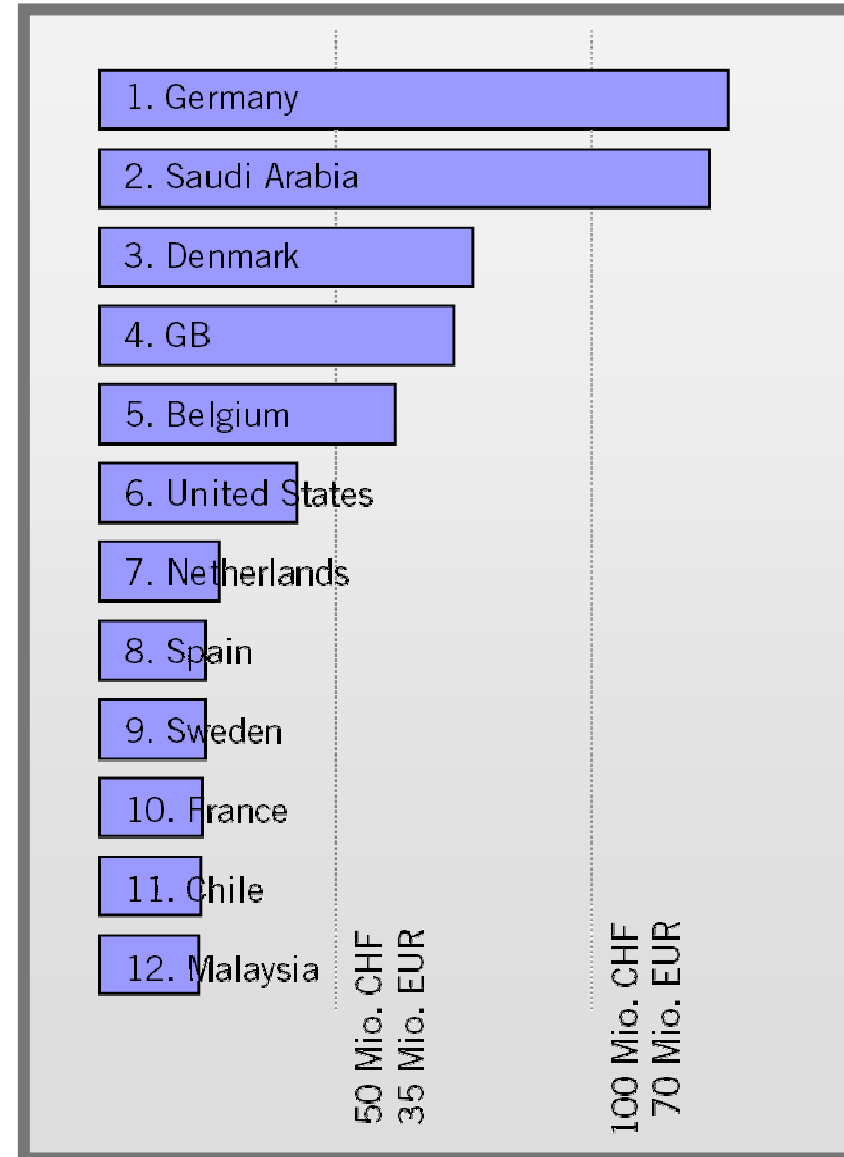
Andreas Weibel, Group for Switzerland Without an Army | GSoA, andi@gsoa.ch



Total exports 2009: 516 Million €

Main products:

- Armoured vehicles
- Ammunition
- Anti-aircraft artillery



National Referendum for a Ban on Exporting Arms – November 2009



21 September 2007: Filing 100'000 valid signatures to the federal chancellery

Relief / foreign aid agencies

terre des hommes schweiz
CARITAS Schweiz
HEKS
SWISSAID
Fastenopfer
Brot für Alle
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH)
Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Erklärung von Bern (EvB)
Bethlehem Mission Immensee
mission 21
cfd

Trade Unions

UNIA
comedia
vpod
SIT
div. kantonale Gewerkschaftsbünde

Religious Organisations

Katholische Kirche des Kantons Zürich
Evangelische Frauen Schweiz
Katholischer Frauenbund
Justitia et Pax
OeME-Kommission Bern-Stadt
Religiös-Sozialistische Vereinigung
Evangelisch-Methodistische Kirche
StopArmut2015
Katholische Arbeitnehmer-Bewegung

Parties

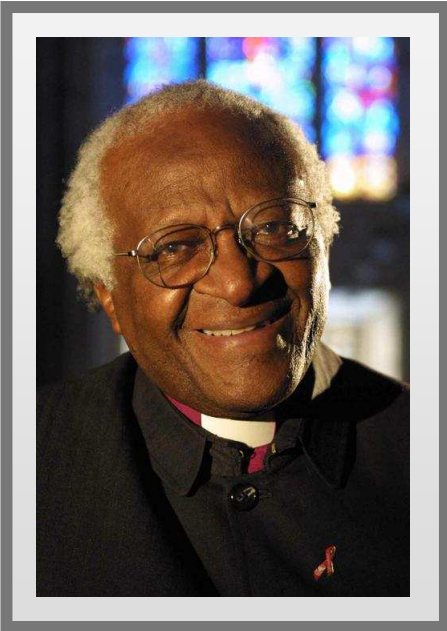
SP Schweiz
Grüne Schweiz
EVP BS, BL, AR, FR, GR
glp BL, BS, SO
JUSO
junge Grüne
Junge EVP
ALs, PdA

Furthermore...

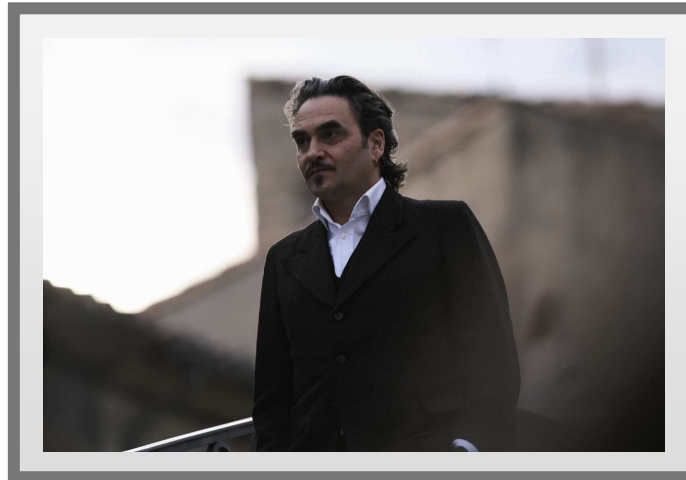
Greenpeace
Frauen für den Frieden
Friedensrat
GSoA



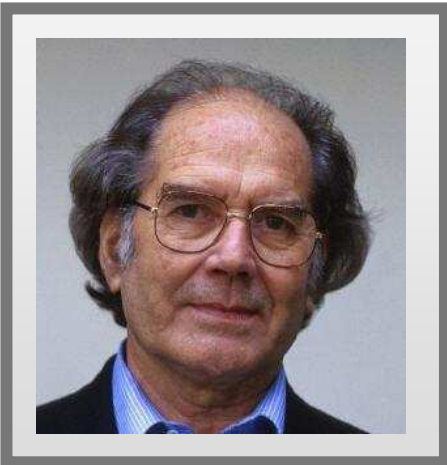
Gathering support...



*Archbishop
Desmond Tutu*



Stephan Eicher, singer



*Adolfo Pérez Esquivel,
Nobel Prize laureate,
Argentina*



**Die Schweiz hat Besseres
zu exportieren als Waffen.**

Martin Suter, author



Gathering support... celebrities.

Also doch: Farner bespitzelte die GSoA

Die PR-Agentur Farner räumt unter Druck ein, dass eine ihrer Mitarbeiterinnen ein Strategietreffen der GSoA ausgehorcht hat. Sie tritt die Flucht nach vorne an und veröffentlicht das Spitzelprotokoll.

Von Daniel Foppa

Noch am 20. August stritt die renommierte PR-Agentur Farner alles ab: «Wir weisen den Verdacht der verdeckten Ermittlung in aller Form zurück», teilte Farner mit. Die «Wochenzeitung» (WOZ) hatte damals enthüllt, wie eine junge Farner-Mitarbeiterin am 20. Juni 2009 an einem Strategiewochenende der GSoA teilgenommen hatte. Dabei ging es um den Abstimmungskampf für die GSoA-Initiative zum Verbot von Waffenexporten, über die am 29. November abgestimmt wird.

Die Frau stellte sich als Politologiestudentin vor, die eine Seminararbeit verfasste. Tatsächlich horchte sie den Anlass für Farner aus. Die PR-Agentur führt die Geschäftsstelle des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik, der die GSoA-Initiative an vorderster



zu stellen. Als der TA am 20. August genau dies tun wollte, wurde er mit einem dünnen Communiqué und der Antwort abgespeist, die Geschichte sei «von der GSoA konstruiert».

Pfadiheim am Waldrand

«Im Nachhinein würden wir das besser machen», räumt König ein. Er betont aber, dass die Frau - eine ehemalige Praktikantin von Farner, die als Freelancerin weiterbeschäftigt wurde - an

Blick | Donnerstag, 8. Oktober 2009

12

Also doch!

Waffenlobby spitz

BLICK zeigt den Bericht der Spionin

BLICK liegt das Dokument vor, das belegt, dass die für die Rüstungslobby tätige PR-Agentur Farner die «Gruppe Schweiz ohne Armee» ausspionierte.

Von Henry Habegger

29. November abgestimmt wird. Laut GSoA gab sich die Frau als Studentin aus. Sie plante eine Seminararbeit

verdeckten Ermittlung weisen wir in aller Form zurück.»

Dumm für Farner: BLICK liegt jetzt der zweiseitige interne Spitzelrapport mit Farner-Briefkopf vor, den die «Studentin» am 23. Juni 2009, zwei Tage nach dem Workshop, zu Papier brachte. Titel: «Abstimmungskampagne der GSoA zur Volksinitiative 'Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten'.»

Die Autorin hält im Papier fest, welche Aktionen die GSoA im Detail plant, mit welchen Argumenten sie gegen die Waffenlobby kämpfen wollte. So berichtet die

Auch von diesem Sujet wusste Farner lange vor der Öffentlichkeit.



Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen.

9 October 2009: The arms industry spying on us...

Rechtsprofessoren gegen Leuthard

Die Praxis des Bundes beim oder internationalen bewaffneten Kon- Genf und Erstunterzeichner des Briefs.



Exp
vers
kriti

Andr

In ei
Dori
Rech
Krieg
zeich
Anwe
ne R
werd

«Die Professoren wurden gut manipuliert»

Bundesrätin Doris Leuthard verteidigt die Waffenexportpraxis - obwohl es dabei zu «unschönen» Fällen kommt.



Deutschland, die im Ira
Afghanistan im Einsatz
Wenn ein solcher Einsatz
eines Uno-Mandats oder
ständnis mit den Rezieru

Die neue Kriegs-
materialver-
ordnung unter-

sag
exp
flik
Der
die
Wa
US

Das stimmt, ändert aber nichts an der bisherigen Praxis. Wir werden die Verordnung jedoch voraussichtlich so präzisieren, dass Waffenlieferungen im Rahmen von Uno-Mandaten explizit erlaubt sind. Dass sich die Professoren genau jetzt äussern, ist Abstimmungspropaganda. Sie wurden gut manipuliert (lacht).

che. In den letzten zehn Jahren kam es zu zwei Missbrauchsfällen. Das kann man nicht zu 100 Prozent verhindern.

Sobald die Waffen geliefert sind, entzieht es sich doch völlig der Kontrolle, was damit geschieht. Aus dem Fall mit den Emiraten haben wir gelernt, Nichtwiederausfuhr-Erklärungen nicht mehr von niedrigen Char-

Menschenrechts
systematisch ges
dem Gesuch neu

Stünde es der S
auf solche Spitz
verzichten - un
fach keine Waf
Das tun wir ja. W
in Europa, das d

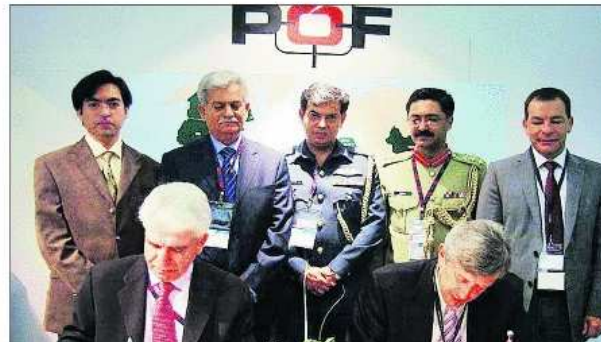
Weitere Rüstungsexporte nach Pakistan

Der Bundesrat bewilligt die Ausfuhr von Kriegsmaterial in Länder, die er offiziell nicht mehr beli

Die Schweiz hat den Export von Kriegsmaterial nach Ägypten und Pakistan gestoppt. Nun zeigt sich: Lieferungen in diese Länder wurden dennoch in mehreren Fällen zugelassen.

Stefan Bühler, Andreas Schmid

Verglichen mit anderen Staaten befolgte die Schweiz bei der Ausfuhr von Rüstungsgütern eine restriktive Praxis. Diesen Eindruck vermittelt Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard nicht erst mit dem Herannahen der Abstimmung über ein Verbot von Kriegsmate-



nicht ausserordentliche Umstände einen Widerruf der ersten Bewilligung verlangten - das sei in diesen Fällen nicht geschehen -, befolge das Seco diese Praxis, erklärt Baldegger.

So wurden die besagten Gesuche für die Ersatzteil- und Munitions-Lieferungen nach Ägypten und Pakistan gutgeheissen. «Die Schweizer Unternehmen gehen meist langjährige Unterhaltsverträge ein und sind darauf angewiesen, diese erfüllen zu können», begründet die Sprecherin. «Wenn das Seco ihnen die Ausfuhr von Ersatzmaterial untersagte, würden sie gegenüber dem Partner vertragsbrüchig.» Für einen Widerruf einer erteilten Genehmigung sei die Hürde auch wegen

unter aus Rückpartner -, die Isem Bereich au schränken. Der Baldegger vor «die grundsätz also die Nichtg suche für Expo diarabien und F

Weitere Kooj

Trotz dem Bu Ende März ist Air Defence AG Oerlikon Contr ter wieder aktiv 29. April an eine dem staatliche

11 October 2009: 70 law university professors claim: Many arms exports illegal

Die Ruag steht unter Beschuss

Der bundeseigene Rüstungsbetrieb wird wegen seines Engagements gegen die Waffenexportinitiative kritisiert

PHILIPP LOSER, Bern

Eine «Schweineerei» sei das Engagement des bundeseigenen Rüstungsbetriebs im Abstimmungskampf gegen die GSoA-Initiative, sagt die Linke. «Unappetitlich» findet es auch die Rechte. Die Ruag selber schweigt zu den Vorwürfen.

Seit Wochen gibt es vor dem anklagenden Blick des bärigen Modells kein Entrinnen mehr. «Arbeitsplätze vernichten? Nein!», schreit uns der stumme Arbeiter flächendeckend von den Plakaten der Gegner der GSoA-Initiative für ein Kriegsmaterial-Exportverbot entgegen. Dass er das kann, ist auch das Verdienst des Rüstungs- und Technologieunternehmens Ruag: 200 000 Franken hat es für die Gegenkampagne gesprochen, wie am Samstag der «Blick» berichtete und am Sonntag Ruag-Chef Lukas Braunschweiler in der «Sonntagszeitung» bestätigte.



Brisante Waffenlieferung an die Saudis

Schweiz exportierte in den ersten drei Quartalen Kriegsmaterial im Wert von 66 Millionen Franken in den Golfstaat

STEFAN BOSS

70 Rechtsprofessoren haben die fehlende Umsetzung der Kriegsmaterialverordnung kritisiert. Nun hat dies auch die nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission auf den Plan gerufen.

Die Schweizer Kriegsmaterialausfuhr ist weiter im Steigflug. Gestern hat die Eidgenössische Zollverwaltung die Zahlen für die Periode von Januar bis September 2009 veröffentlicht: Demnach beliefen sich die Ausfuhren auf 508,1 Millionen Franken – dies entspricht einer Zunahme von 1,8 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode.

Brisant sind kurz vor der Abstimmung über die Volksinitiativ-

Die Lieferungen im laufenden Jahr würden alle auf alte Bestellungen zurückgehen, erklärt Simon Plüss. Er ist im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) für Kriegsmaterialkontrolle zuständig. Ende des Jahres 2006 hatte der Bundesrat den Export von 20 Fliegerabwehrsystemen mit Munition für 375 Millionen Franken an Saudi-Arabien bewilligt. Die einzige Firma, die in der Schweiz solche Waffen herstellt, ist die Rheinmetall Air Defence in Zürich (vormalige Oerlikon-Contraves).

«AUGENWISCHEREI». Inzwischen hat die Landesregierung aber gehandelt. «Am 25. März 2009 hat



Patronen für Afghanistan

Britische Scharfschützen töten Taliban mit Schweizer Präzisionsmunition

VON MATTHIAS HALBEIS
UND SEBASTIAN RAMSPECK

BERN/LONDON Der Schuss sorgte für Aufsehen in den englischen Medien: Aus 1853 Metern Entfernung tötete Christopher Reynolds, ein Scharfschütze der britischen Armee, Anfang August in Afghanistan einen Taliban-Kommandanten. «Dem wurde eine Schlaftablette aus Blei verpasst», witzelte Reynolds in der Zeitung «Daily Mail», «ich war ziemlich stolz auf diesen Schuss.»

Die Patronen für den rekordverdächtigen Schuss war ein Schweizer Präzisionsprodukt: Swiss P .338LM, hergestellt von der Ruag, dem Rüstungskonzern des Bundes. Eine Sprecherin der britischen Armee bestätigte auf Anfrage der SonntagsZeitung, dass bei den Scharfschützen-Einsätzen in Afghanistan die Swiss-P-Patronen verwendet werden. Auch die deutsche Bundeswehr, ebenfalls im Einsatz in Afghanistan, hat die Präzisionsmunition beschafft.

tungsgütern, wenn «das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist».

Lieferungen an Nato-Staaten wie Grossbritannien, Frankreich oder Deutschland dürften von den Schweizer Behörden eigentlich nicht bewilligt werden: Diese Staaten stellen Truppen für eine Streitmacht, die im Auftrag des Uno-Sicherheitsrats seit 2001 die Taliban bekämpft.

Trotzdem bewilligen die Schweizer Behörden regelmässig Rüstungsgüterexporte an Nato-Staaten. Diese gehören gar zu den Hauptabnehmern der Schweizer

Rüstungsausfuhren, die im vergangenen Jahr mit 722 Millionen Franken einen neuen Höchstwert erreichten.

Mit Blick auf die Initiative gegen Kriegsmaterialexporte, die am 29. November zur Abstimmung gelangt, sorgt der Widerspruch zwischen Verordnungstext und Bewilligungspraxis für Kritik an CVP-Bundesrätin Doris Leuthard. Ihr Departement stellt die fragwürdigen Bewilligungen aus. In einem offenen Brief schrieben 70 namhafte Juristen, sie sorgten sich um «die Kohärenz der nationalen und internationalen Rechtsordnung».

Leuthard bezichtigte die Juristen zunächst der «Abstimmungspropaganda» – kündigte dann aber im «Tages-Anzeiger» an, sie werde die Kriegsmaterialverordnung «voraussichtlich so präzisieren, dass Waffenlieferungen im Rahmen von Uno-Mandaten explizit erlaubt sind».

Die Frau des Scharfschützen war «verzückt»

Die Absicht der Magistratin, den Verordnungstext der Bewilligungspraxis anzupassen, stösst bei den Gegnern von Kriegsmaterialexporten auf kein Verständnis. Für den grünen Zuger Nationalrat Josef Lang von der Gruppe Schweiz ohne Armee macht sich die Eidgenossenschaft mit Lieferungen an Nato-Staaten «zu einem Teil des Kriegs in Afghanistan».

Der Zürcher SVP-Nationalrat Hans Fehr von der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz hält die Lieferung von Scharfschützen-Munition an die



Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen.



Swiss P von Ruag: Auch die deutsche Bundeswehr beschaffte die Präzisionspatrone

1 November 2009: Scandal! British snipers use Swiss amunition in Afghanistan

Kriegsmaterial: Schweiz liefert Waffen für Kindersoldaten

Vertrauliches Bundesratsdokument beweist brisante Lieferung von Maschinenpistolen nach Indien

VON CHRISTOF MOSER

Ein vertrauliches Papier, das dem «Sonntag» vorliegt, listet fein säuberlich auf, welche Rüstungsexporte der Bundesrat an seiner Sitzung vom 25. März 2009 bewilligt hat. Das Dokument ist brisant: Erstmals lässt sich detailliert aufzeigen, welche Waffentypen von welchen Schweizer Rüstungsfirmen wohin geliefert werden.

Die Exportkontrolle im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) führt in ihrem jährlichen Rechenschaftsbericht die Empfängerländer nur global auf und schweigt sich über Details aus. Mit gutem Grund: Das vertrauliche Dokument beweist drei Wochen vor der Abstimmung über die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten», dass die Schweiz entgegen anderslautenden Beteuerungen Kriegsmaterial-Exporte in Gebiete bewilligt, in denen Kinder als Soldaten in bewaffneten Konflikten eingesetzt werden.

«Die vom Bundesrat gutgeheissenen Ausfuhren betreffen 400 Sturmgewehre und 610 Maschinenpistolen für die Polizei verschiedener indischer Teilstaaten» heisst es unverfänglich in einer Seco-Mitteilung, versandt nach der Bundesratssitzung von Ende März, in der die Regierung Gesuche

für Kriegsmaterial-Exporte behandelt hat. Hinter den harmlosen Zeilen verbirgt sich neben der Exportbewilligung für 400 Maschinenpistolen des Typs MP9 PDW (Kaliber 9 Millimeter) im Wert von 824 000 Franken sowie von 400 Sturmgewehren SG 553 (Kaliber 5,56 Millimeter) im Wert von 910 000 Franken an die Polizeikräfte des indischen Teilstaats Jharkhand auch die Lieferung von 10 Maschinenpistolen des Typs MP9 PDW an die Polizei im Bundesstaat Chhattisgarh. Hersteller: die Thuner Rüstungsfirma Brügger & Thomet AG. Wert der Lieferung: 20 000 Franken.

CHHATTISGARH GILT als eine der ärmsten Regionen Indiens und wird von der hinduistisch-nationalistischen Volkspartei BJP kontrolliert, die im Süden des Bundesstaats seit Jahren gegen maoistische Rebellen kämpft. In einem am 4. September 2008 veröffentlichten 58-seitigen Bericht hält die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch fest, dass in Chhattisgarh «beide Konfliktparteien Kinder unter 18 Jahren für bewaffnete Operationen ausbilden». Bei der Polizei, die mit dem Segen des Bundesrats Schweizer Waffen erhält, kommen die

Kinder als «Special Police Officers» zum Einsatz. Sie kämpfen an der Front.

Mit den «Sonntag»-Recherchen konfrontiert, bestätigt das Seco den Export von Maschinenpistolen ins Krisengebiet. «Der Bundesrat hat Waffenlieferungen in den indischen Teilstaat Chhattisgarh bewilligt», sagt Simon Plüss von der Exportkontrolle im Volkswirtschaftsdepartement.

Obwohl Artikel 5 der Kriegsmaterialverordnung festhält, dass bei Bewilligungen «namentlich die Respektierung der Menschenrechte und der Verzicht auf Kindersoldaten» berücksichtigt werden müssen, ist die Lieferung gemäss Seco unproblematisch: «Als Kriterium, das eine Bewilligung ausschliessen würde, haben wir zu prüfen, ob im Bestimmungsland Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt werden. Im Fall von Indien liegen nach unserer Beurteilung keine Gründe vor, die eine Ausfuhr verbieten würden.»

Der Trick: Während der Gummibegriff «systematische Menschenrechtsverletzungen» Kriegsmaterial-Exporte absolut ausschliesst, muss bei der Gesuchsprüfung das Thema Kindersoldaten nur «berücksichtigt werden».

Gesuch der Firma Brügger & Thomet AG, Thun, vom 22.12.2008 für die Ausfuhr von 10 Maschinenpistolen des Typs MP9 PDW (Kal. 9 mm) inklusive Zubehör im Wert von 20'000 Franken an die Polizei des indischen Teilstaats Chhattisgarh (Raipur):

Vom Bundesrat bewilligt: Ausriss aus dem Dokument der Sitzung vom 25. März.



Um diese Waffe geht es: MP9 (links). Sie darf nach Indien geliefert werden, obwohl dort Kinder kämpfen.



Spezialtruppen im indischen Bundesstaat Chhattisgarh, die gegen maoistische Rebellen kämpfen: Beide Seiten bilden Kindersoldaten aus.

8 November 2009: Scandal! Swiss arms in the hands of Indian child soldiers?

Hintergrund

Von Constantin Selbt

Waffenhandel ist ein stilles Geschäft. Ein zähes Pokerspiel von Konzernen, Staaten, Geheimdiensten und Botschaften. Niemand redet.

Nun aber sind Gerichtsakten aufgetaucht, die ein Licht auf den Alltag eines Schweizer Rüstungskonzerns werfen: auf Oerlikon Contraves. Sie zeigen den Konzern in einem heiklen Moment: als die Amerikaner ihn 1998 auf eine schwarze Liste setzten – wegen Waffenlieferungen in den Iran.

Der Mann, der für diese Akten ruiniert wurde, heisst Peter Gerber. Er ist ein Ingenieur mit wasserhellen Augen und einem sehr britischen Schnurrbart.

Was Peter Gerber ruinierte, war der Prozess gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber Contraves. Er verlor ihn – und muss fast eine halbe Million Franken Gerichtskosten plus Prozessentschädigung zahlen. Ihm selbst bleibt nur ein Stapel Gerichtsakten: das teuerste und traurigste Souvenir der Welt.

Unter Beschuss

Ein Problem, das die Armeen Anfang der Neunzigerjahre beschäftigte, hiess «friendly fires». Immer perfekter bewaffnete Soldaten schossen die eigenen Waffenbrüder ab. Im Golfkrieg 1991 starb über ein Viertel der gefallenen amerikanischen Soldaten durch amerikanischen Beschuss.

Man suchte Lösungen – und auch Peter Gerber suchte. Er hatte eine kleine Ingenieurfirma aufgebaut, spezialisiert auf Lasertechnik und Unmögliches: Das zu bauen, was andere nicht schafften.

Innert weniger Monate stampfte Gerber einen Prototyp aus dem Boden: Simlas, ein System aus Westen mit eingebauten Rezeptoren, die auf Laseraufsätze an Gewehren reagierten. Ideal für das Training, um auszuwerten, wer wo von wem getroffen wurde. Aber auch in einer Schlacht, um innert Sekunden die eigenen Leute zu erkennen.

Die Schweizer Armee winkte ab, und Gerber flog in die USA. Vier Monate lang wechselte er die Hemden im Flugzeug. Dann bekam er die Chance zu einer Demonstration in Fort Benning. Es war ein verrückter Ort: das Hauptquartier der Infanterie, halb so gross wie die Agglomeration Zürich, mit einem Laboratorium, in dem Neuheiten getestet wurden. Etwa Kleinraketen, um eine Tür in die Luft zu jagen.

Die Amerikaner waren begeistert. «Peter, you are crazy», sagte der Laboratoriumschef und schlug ihm vor, die Übung mit 150 Mann und Simlas-Systemen zu wiederholen. Bei Erfolg würde



Bewachend die iranische Atomreicherungsanlage in Natanz: Die 35-mm-Zwillingkanonen von Oerlikon Contraves (heute Rheinmetall Air Defence). Foto: Hasan Sarbakholias (Keystone)

Wie Washington auf Oerlikon feuerte

Ende der Neunzigerjahre kam der Schweizer Waffenkonzern Oerlikon Contraves auf die schwarze Liste der USA – wegen Waffenhandels mit dem Iran. Und wie später im Fall UBS hatten die Berner Diplomaten alle Hände voll zu tun, der Firma aus der Klemme zu helfen.



Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen.

13 November 2009: Scandal! Swiss anti-aircraft artillery around nuclear sites in Iran

«OM 50 Nemesis»: Mit solchen Gewehren kämpfen georgische Spezialeinheiten. Foto: ZVG



Scharfschützen-Gewehr für Georgien

Noch ein dubioser Waffenexport

Im Südossetien-Krieg kamen letztes Jahr angeblich Schweizer Scharfschützen-Gewehre zum Einsatz. Der Bund ermittelt.

Es geht um topmoderne Scharfschützen-Gewehre «OM 50 Nemesis» der Genfer Firma AMDS. Im Internet finden sich Berichte, wonach georgische Eliteeinheiten mit OM 50 ausgerüstet sind und sie im Südossetien-Krieg gegen Russland einsetzten. «Ossetische Milizionäre haben die Verwendung der OM 50 bestätigt», heisst es.

Die Waffen können nur ille-

mesis nach Georgien gelangten und/oder das Kriegsmaterialgesetz verletzt wurde, könne er «nicht bestätigen», sagt Bollinger. Aber die Abklärungen laufen.

Das Seco steht laut Bollinger «im Kontakt mit der Zentralstelle für die Bekämpfung illegaler Tätigkeiten im Zusammenhang mit Kriegsmaterial».

AMDS-Chef Christian Movilatti sagt: «Wir haben uns im-

Schweizer Bauer Samstag, 14. November 2009

AGRARPOL

ARBEITSPLÄTZE: Leuthard argumentiert mit Verlust von 5100 Stellen gegen Exportverbot von Kriegsmaterial

5100 Stellen mehr wert als 169 718 Jobs

5100 Stellen wären beim Verbot von Kriegsmaterialexporten gefährdet, argumentiert Bundesrätin Doris Leuthard. In der Landwirtschaft waren 2008 dagegen 169 718 Personen beschäftigt. Diese sind auch bedroht.

SAMUEL KRAHENBÜHL

Ein Exportverbot von Kriegsmaterial würde zum Verlust von wertvollem Know-how führen, sagt Bundesrätin Doris Leuthard gegen die Eidgenössische Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten in einer Botschaft auf der Homepage der Bundeskanzlei. «2007 waren an der Produktion der exportierten Rüstungsgüter mehr als 5100 Erwerbstätige beteiligt. Besonders in Krisenzeiten zählt jeder Arbeitsplatz», argumentiert Leuthard gegen die Volksinitiative, über die am 29. November abgestimmt wird.

Zerstören, dann stützen

Der Bundestag entscheidet am 14. November über die Initiative.

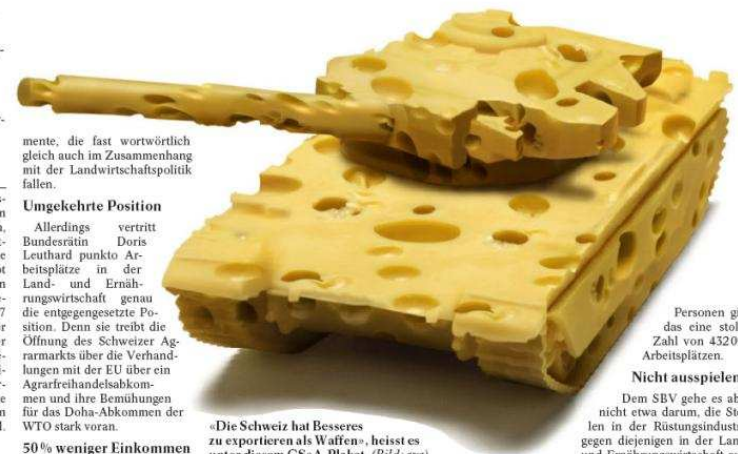
mente, die fast wortwörtlich gleich auch im Zusammenhang mit der Landwirtschaftspolitik fallen.

Umgekehrte Position

Allerdings vertritt Bundesrätin Doris Leuthard punkto Arbeitsplätze in der Land- und Ernährungswirtschaft genau die entgegengesetzte Position. Denn sie treibt die Öffnung des Schweizer Agrarmarkts über die Verhandlungen mit der EU über ein Agrarfreihandelsabkommen und ihre Bemühungen für das Doha-Abkommen der WTO stark voran.

50% weniger Einkommen

Dabei gefährdet diese Initiative die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft.



«Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen», heisst es unter diesem GSoA-Plakat. (Bild: zvg)

Personen gibt das eine stolze Zahl von 432093 Arbeitsplätzen.

Nicht ausspielen

Dem SBV gehe es aber nicht etwa darum, die Stellen in der Rüstungsindustrie gegen diejenigen in der Land- und Ernährungswirtschaft auszuspielen. Der SBV hat die

25 November 2009: Scandal! Swiss arms in Georgia



Die Schweiz hat Besse zu exportieren als Waf

Le Monde.fr

Europe

Le Monde.fr | le web avec Yahoo!

Recherche sur Le Monde.fr

Recevez les newsletters gratuites

S'identifier



Abonnez-vous au jour Le Monde : 17€/mois

ACTUALITÉS DÉBATS sport LOISIRS PRATIQUE LE DESK LE KIOSQUE NEWSLETTERS MULTIMEDIA REFERENCES S'abonner au Monde.fr - 6€ / mois

International Planète La grippe A Europe Politique Société Carnet Economie Médias Sport Technologies Culture Sommet de Copenhague

Les Suisses invités à interdire les exportations de matériel de guerre

LE MONDE | 26.11.09 | 15h07 • Mis à jour le 26.11.09 | 15h07

Genève Correspondance

Une fois de plus, le Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA), un mouvement pacifiste créé en 1982, peut se prévaloir de son rôle d'empêcheur de tourner en rond des lobbies militaires helvétiques. Dimanche 29 novembre, à son initiative, les Suisses sont appelés à voter sur



ELMUNDO edición impresa Multimedia Blogs Especiales Hemeroteca

ELMUNDO.es | Mundo

Líder mundial en español | Sábado 28/11/2009. Actualizado 06:52h.

Portada España Mundo Europa Opinión Deportes Economía Cultura Ciencia Salud T

Edición ESPAÑA Madrid Barcelona Baleares C. Valenciana Castilla y León País Vasco Andalucía

- Enviar a un amigo
- Valorar
- Imprimir
- En tu móvil
- Rectificar
- Pásalo

ENTREVISTA | Joseph Lang, líder del Partido Verde

'Suiza vende armas a países que violan los derechos humanos'

- Suiza celebra el domingo un referéndum sobre el comercio de armas
- Este diputado, voz cantante de la cita, denuncia la hipocresía de su país

Meritxell Mir | Berna

Actualizado sábado 28/11/2009 06:51 horas

El diputado suizo Joseph Lang lleva más de 30 años involucrado en la lucha contra las armas y la eliminación del Ejército en el país alpino. En los últimos dos años, este miembro del Partido Verde ha sido la voz



Make Homepage Sitemap News Sitemap Other News Advertise Partners

the journal of TURKISH WEEKLY

Last Update: 0:40 (Ankara)

HOMEPAGE NEWS SECURITY COLUMNISTS OP-ED ARTICLES BOOK REVIEWS ABOUT US

Thursday, 26 November 2009 Turkey Europe Middle East Caucasus Central Asia Russia Americas Asia

Weapons Export Ban Vote To Test Emotions

Friday, 30 October 2009

A popular initiative calling for a ban on Swiss weapons exports has locked pacifists and business leaders in a conflict that will be resolved on polling day.

Swiss industry has mobilised a campaign against the ban, arguing that it would cost

printable version

send your friend

add comment

NEWS FROM

- "fusionman" Vows To
- Medical Help For Pal
- "fusionman" Ditches
- "fusionman" Ditches
- Roman Polanski Gra





Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen.

► SF TAGESSCHAU

- Übersicht
- Timeline

► NACHRICHTEN

- Schweiz
- Regional
- International
- Wirtschaft
- Kultur
- Vermischtes
- SF Sport

► TAGESSCHAU

- Aktuelle Sendung
- Frühere Sendungen
- In Gebärdensprache

► HINTERGRUND

- Abstimmungen
- Specials
- Schon vergessen?
- Video des Tages
- Korrespondenten-Blog

► NEWS-SENDUNGEN

- Schweiz aktuell
- 10vor10
- glanz & gloria
- SF Börse

► INFO-MAGAZINE

Abstimmungen

Offenes Rennen um Kriegsmaterial-Exportverbot

Andreas Freudig

Freitag, 23. Oktober 2009, 16:56 Uhr, Aktualisiert 18.11.2009, 11:46 Uhr

Das Rennen um die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» ist laut SRG-Umfrage noch offen. Ja- und Nein-Lager im Stimmvolk liegen momentan fast gleich auf. Gut kommt die Vorlage aber vor allem bei Frauen und Jungen an.

Mehrwert

- > Die Befragungsmethoden des gfs.bern

↳ gfs.bern - Die Umfrage im Detail

Artikel bewerten



Navigation

< Übersicht: Exportverbot von Kriegsmaterial gescheitert

< Übersicht: Abstimmung vom 29. November 2009

Artikel zu dieser Vorlage

> Wirtschaftssituation bringt GSoA-Initiative zu Fall

> Waffenexporte - Arbeitsplatzsicherung

Würde heute über das Kriegsmaterial-Exportverbot abgestimmt, wären 41 Prozent dafür, 44 Prozent dagegen und 15 Prozent wüssten nicht, was sie in die Urne legen sollen. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage des Forschungsinstituts gfs.bern im Auftrag der SRG SSR idée suisse.



Stimmabsicht Waffenexport-Initiative in % Stimmberechtigter, die bestimmt abstimmen wollen *Quelle: gfs.bern*

23 October 2009: Polls say: The race is tight!



Destroy jobs?

NO to Export prohibitions

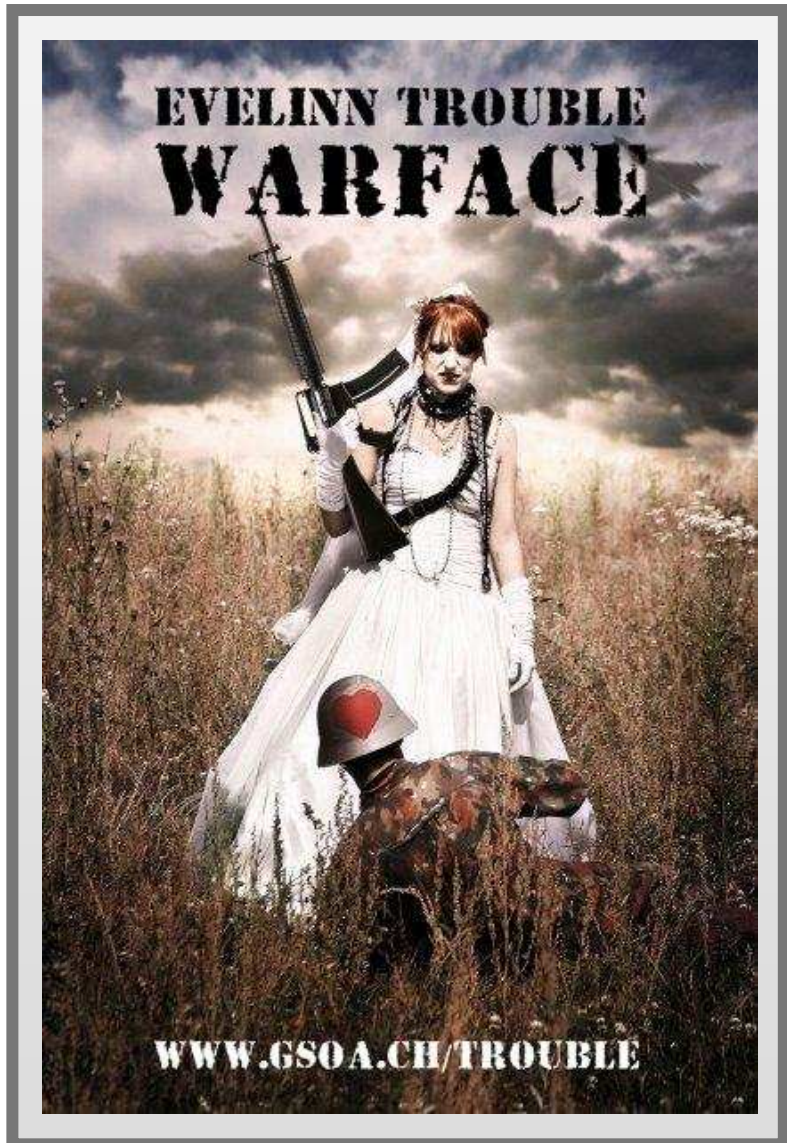
NO to the GSoA initiative

Our opponents: Simple message, big money

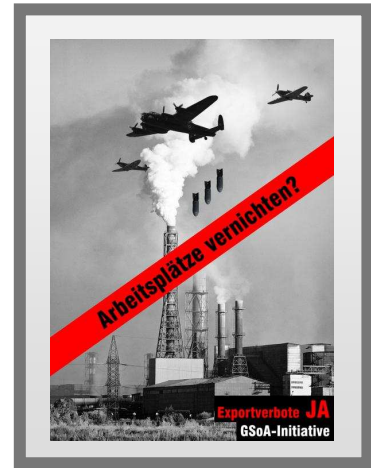


Die Schweiz hat Besseres
zu exportieren als Waffen.

19 November 2009: Flashmobs throughout Switzerland



Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen.



Our opponents had the money, but we had the music.



Which of the two is more dangerous?
Ban arms exports, not minarets!

29 November 2009, voting day:

68.2 % of the voters **don't** want to ban arms exports.
57.5 % of the voter **do** want to ban minarets.

29 November 2009: A black day for Switzerland



The campaign in numbers:

- 29'500 posters + 30 km tape
- ~ 150 events organised
- ~ 400'000 leaflets distributed
- 3 Mio. CHF: The budget of our opponents
- 1/10 of it: Our budget
- 4500 coffee cups for the campaign team
- 3 of the 5 largest cities voted yes
- 71% percent Yes in the town of Selma GR
- **Uncountable:** Number of hours volunteers worked to ban arms export

The campaign in numbers

Why the initiative was worth it:

- **Because we could stir an intense public debate.**
But talking about haemorrhoids does not solve the problem.
- **Because of the government's promises.**
No more exports to Pakistan, Egypt and Saudi Arabia.
- **Because in principle, our arguments convinced the voters.**
65% of the Swiss don't want that Switzerland contribute to war by selling arms. (But jobs were still more important to them.)
- **Because politics is a game of pure chance.**
We would have had a chance in a booming economic situation, against a hard-line right-wing minister. But not now, against a popular centrist minister.
- **Because we rocked.**
Scores of people – especially young ones – got involved actively in the campaign.



What's coming up?

- **No to new fighter jets:**
The planned purchase of a new generation of fighter aircraft for the Swiss army probably is already off the table. But we stay on the ball.
- **Don't keep the army rifles at home:**
A very Swiss topic...
- **Abolish general conscription:**
Campaign is about to start.

What's next?